

SPD Fraktion im Rat der Stadt Schmallebenberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Bernhard Halbe

Meine Damen und Herren der Verwaltung

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Schmallebenberg

Herzlich Begrüßen möchte ich auch die Vertreter der Presse

Heute werden wir über den im Oktober eingebrachten HHP für 2017 diskutieren und am Ende wohl auch den Plan verabschieden.

Dieser Plan ist wohl im Moment ein vorläufiger HHP für das kommende Jahr. In diesem Plan sind viele Positionen aus den Bereichen Wasser und Abwasser enthalten. Ob dieses seine Gültigkeit behalten wird stellt sich wohl erst in absehbarer Zukunft heraus.

Die Vertrags-Unterlagen zum Thema: Übertragung der der Abwasserbeseitigungspflicht auf den Ruhrverband müssen gezeichnet werden.

Die Ankündigung eines Bürgerbegehrens zu dieser Übertragung muss zunächst abgewartet werden.

Kommen wir also zurück zu dem Zahlenwerk welches uns zur Entscheidung vorliegt.

Es sind im Ergebnisplan die Erträge auf ca. 58 MIO € und Aufwendungen auf ca. 58 MIO € ausgewiesen.

Der Finanzplan weist Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von ca. 53 MIO € und Ausgaben von ca. 51 MIO € auf.

Die Investitionen sind mit Einnahmen von ca. 7 MIO € und Ausgaben von ca. 13,7 MIO € dargestellt.

Ebenso ist der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf ca. 2,2 MIO € und die Auszahlungen auf 330.000 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Kredite wird auf 2,2 MIO € festgesetzt.

Die Verpflichtungsermächtigungen bewegen sich bei knapp 1,4 MIO €

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen wird auf 2,5 MIO € festgesetzt.

Die genauen Zahlen hinter dem Komma können wir alle dem vorliegenden HHP entnehmen.

Für uns Kommunalpolitiker ist es sehr erfreulich dass die Verwaltung keine Erhöhung der Grundsteuer in Betracht zieht. Nach den fiktiven Erträgen aus dem GFG (Gemeinde Finanzierung Gesetz) verzichtet hier die Stadt Schmallenberg auf 135.000 €. Das kann in NRW nur von sehr wenigen Kommunen durchgeführt werden.

Die Ausgleichsrücklage weist zum 31.12.2015 einen Bestand von knapp 11,3 MIO € aus. Der Kämmerer geht nicht von einer Reduzierung um 750.000 € aus. Dieses wäre der berechnete Fehlbetrag für 2016.

Auch entgegen aller Berechnungen für das Jahr 2016 hat sich das Aufkommen der Gewerbesteuer entwickelt. Diese lag noch im September 2016 bei 11,4 MIO € und damit rund 3 MIO € über den Erwartungen des Planansatzes.

Lassen Sie mich kurz auf die Entwicklung der Kreisumlage zu sprechen kommen.

Im Oktober ging der Kämmerer des Kreises von einer Erhöhung der Kreisumlage für 2017 aus. Diese Erhöhung bezifferte sich auf 1,39%-Punkte. Diese Anhebung bedeutete für die Stadt Schmallenberg eine Kreisumlage von rd. 11,84 MIO €. Hinzu kommen die zu leistenden Sonderumlagen, Drogen-Suchtberatung/VHS in Höhe von 135.000 €. Das wären allein für die Stadt Schmallenberg ein Betrag von 11,975 MIO €. Diese Kreisumlage macht rd. 21% der ordentlichen Gesamtaufwendungen des Haushalts aus.

Meine Damen und Herren,

so wird es wohl nicht eintreffen. Zwischenzeitlich haben sich die Bürgermeister des HSK schriftlich an den Landrat, Dr. Schneider, gewendet. Unter der Federführung unseres BM, Herr Halbe, wurden mehrere Forderungen der Bürgermeister formuliert. Z.B Höhe der Ausgleichsrücklage des HSK, die Personalkostenentwicklung, die Beteiligungen des HSK. Auch die Analyse der freiwilligen Aufgaben muss konsequent durchgeführt werden.

Zwischenzeitlich wird in den politischen Gremien eine Anhebung der Kreisumlage um 0,85% Punkte und noch darunter diskutiert. Hier sind auch die Kreistagsmitglieder der CDU in der Pflicht. Sie haben im Kreistag die politische Mehrheit. Der Haushalt des HSK wird im Dezember verabschiedet.

Bei der Einbringung des HHP 2017 ging unsere Verwaltung von den genannten Beträgen aus. Auch hier muss der HHP korrigiert werden.

Meine Damen und Herren,

Soviel zu den Zahlen der uns vorliegenden Haushaltssatzung.

Zwischenzeitlich hat es einige Veränderungen zu dem Zahlenwerk der Verwaltung gegeben. Unser Kämmerer, Herr König, hat uns im Nachklang zur Einbringung des HHP noch weitere Vorlagen zukommen lassen. Auch heute Abend sind noch einige Änderungen möglich.

Uns liegen mehrere Anträge der Fraktionen CDU, UWG, BFS, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vor.

Immer wieder handelt es sich bei den verschiedenen Anträgen um das Thema kommunale Straßen.

Die CDU beantragt eine Aufstockung der Mittel, welche im Haushalt vorhanden sind, um 100.000 €. Ich gehe davon aus das der Betrag von jetzt 300.000 € auf 400.000 € im Produkt 54.01.01. beantragt ist. Diese Mittel sollen für Kleine Straßen-Instandsetzungen verwendet werden. Also sind damit auch nicht für unsere Bürger und Bürgerinnen Beitragspflichtig. Diesem Antrag werden wir zustimmen.

Ein weiterer Antrag bezieht sich auf die Fördermittel der Stadt für die Unterhaltungs-bzw. Baumaßnahmen an den Schützenhallen. Hier wird die Erhöhung der freiwilligen Leistung von derzeit 30.000 € auf 40.000 € vorgeschlagen. Gleichzeitig soll der Materialkostenzuschuss von 30 % auf 40 % angehoben werden. Dieser Antrag wird bedingt von der SPD mitgetragen.

Wir, die Mitglieder der SPD Fraktion, beantragen die Erhöhung der Fördermittel für die Unterhaltungs-bzw. Baumaßnahmen an den Schützenhallen in unseren Dörfern von 30.000 € auf 60.000 € anzuheben. Diese Gelder sind für die weitere Zukunft unserer Hallen sinnvoll angelegt. Gleichzeitig soll der Materialkostenzuschuss auf 40 % angehoben werden. Die Begründung dieses Antrages der SPD können wir dem schriftl. vorliegenden Antrag entnehmen.

Der weitere Antrag der SPD bezieht sich auf die kommunalen Straßen im Stadtgebiet. Wir beantragen den Aufbau eines Straßenkatasters für das Stadtgebiet Schmallenberg. Für den Aufbau beantragen wir die notwendigen Mittel, 130.000 €, im Haushaltsplan 2017 bereit zu stellen. Die Begründung unseres Antrages liegt ebenfalls schriftlich vor. Diese brauche ich an dieser Stelle nicht wiederholen.

Von der BFS liegen 2 Anträge zum Haushalt 2017 vor. Auch hier geht es unter anderem um die Einrichtung eines Straßenkatasters im Stadtgebiet. Der Antrag greift jedoch noch weiter. Die ganzheitliche Betrachtungsweise wird unter anderem erreicht durch die Einführung eines Straßenkatasters. Die Mitglieder im Technischen Ausschuss haben dann Grundlagenmaterial welches für die weiteren Entscheidungen mehr als hilfreich ist. Diesem Antrag der BFS werden wir von der SPD zustimmen.

Der weitere Antrag sieht eine Änderung der Straßenbaubeitragssatzung vor. Zu diesem Antrag gab es auch bei uns viele Diskussionen. Es ist wünschenswert die Beiträge so gering wie möglich erheben zu müssen. Bevor Straßen erneuert werden, müssen wir die notwendigen Reparaturmaßnahmen durchführen. Dieses setzt vorhandene Mittel voraus. Die Erhöhung der Mittel für mögliche Instandsetzung oder Reparaturen werden wir sicherlich heute Abend gemeinsam beschließen. Das ist dann ein guter Anfang für die weitere Entwicklung zum Thema kommunale Straßen in Schmallenberg. Die Straßenbeitragssatzung wurde vor 2 Jahren mehrheitlich beschlossen. Viele Diskussionen sind seitdem geführt worden. Der Kämmerer, Herr König, hat die zukünftige Entwicklung der

Beiträge in Zahlen gefasst. Würden wir die Beiträge nach alter Satzung zurückführen ergibt sich für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2020 folgende Differenz:

2017	- 194.500 €	
2018	- 201.500 €	
2019	- 380.000 €	
2020	- 465.750 €	Summe: - 1.241.750 €

Die KAG Beiträge sind Pflichtbeiträge. Diese werden vom Land zur Mitfinanzierung der Kommunalen Straßen gefordert. Die Höhe der Beiträge sind von bis  
Der Kämmerer teilt immer wieder mit das sich diese Beiträge immer noch im Niedrigen Bereich befinden. Als gewählte Vertreter der Stadt haben wir auch die Pflicht übernommen zum Wohle der gesamten Stadt zu handeln. Es stellt sich die Frage : Wie wollen wir die in der Zukunft fehlenden 1,2 MIO € erwirtschaften wenn wir die Beitragssatzung wieder zurück fahren? Zwischenzeitlich sind auch Beiträge gezahlt und oder veranlagt worden. Wie gehen wir unter dem Aspekt der Gleichbehandlung mit den Bürgerinnen und Bürgern dann um?  
Die SPD war vor 2 Jahren nicht für die Anhebung der Beitragssatzung. Nun greift diese Beitragssatzung schon 2 Jahre. Lassen Sie uns die Chance nutzen das Straßenkataster einzuführen. Dann haben wir die Möglichkeit den Erhalt unserer Straßen voran zu treiben. Ein erneuter Ausbau einer Straße muss dann die letzte Option sein.

Dem Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen brauche ich nichts hinzufügen. Diesem Antrag werden wir zustimmen.

Meine Damen und Herren,

#### Nun kurz zu den Anträgen der UWG

Radweg zwischen Lenne und Fleckenberg Wir denken dass dieses Teilstück geprüft werden sollte und bei Bedarf auch erneuert werden muss.

Auch die UWG weist auf die Straßenbaumittel und das Straßenkataster hin. Sie beantragt beides für den Haushalt 2017. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Anträge der verschiedenen Fraktionen.

Doppelt vorkommende Straßennamen im Stadtgebiet beseitigen. Dieser Antrag wurde in der vergangenen Woche doch zunächst in die Fraktionen verwiesen, oder ?

Für den Investitionsplan 2018 beantragt die UWG den Radweg zwischen Bad Fredeburg und Huxel. Für die Planung sollen in 2017 die notwendigen Mittel eingestellt werden. Das ist ok.

Zum Schluss lassen Sie mich noch ein paar Sätze zur aktuellen Politik in Schmallenberg sagen. Wir sind sicherlich mehrheitlich dafür dass nun über die Gestaltungsvorschriften, zumindest in Bad Fredeburg, wieder gesprochen wird. Am 13. Dezember wird sich der BZA in Bad Fredeburg mit diesen Vorschriften auseinander setzen. Eine Aktualisierung der

Gestaltungsvorschriften ist mehr als angebracht. Die Vergangenheit hat uns aufgezeigt das die Bürger und Bürgerinnen in unserer Stadt eine Überarbeitung und Änderung dieser Gestaltungsvorschriften erwartet.

Was ist eigentlich aus dem Jugendforum geworden? Im Moment liegt zumindest den Mitgliedern des Jugendhilfeausschuss der Entwurf zum Kinder- und Jugendförderplan vor. Wie heißt es in der Einleitung: Teilhabe ermöglichen Persönlichkeit fördern Sozialraum mitgestalten Fit für die Zukunft  
Wir werden dieses Thema im nächsten Jahr aufgreifen.

Flexible Kindertagesbetreuung Diese Aussage hat so ziemlich jede Partei und Gruppierung bereits vor einigen Jahren gemacht. Dieses Thema muss Gegenstand unserer Diskussion werden.

Wir werden dieses Thema im nächsten Jahr aufgreifen.

Einen Satz möchte ich heute Abend noch gerne aussprechen:

Ich möchte mich auch im Namen der SPD Fraktion recht herzlich bei allen Mitgliedern der Verwaltung für die Zusammenarbeit und Unterstützung im vergangenen Jahr bedanken.

Sehr geehrter Herr BM Halbe,

Meine Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.